Ressort: Politik

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Haseloff will Soli in "Straßencent&quot

Magdeburg, 19.03.2013, 07:00 Uhr

GDN - In der Debatte um die Abschaffung des Solidaritätszuschlags gehen die ostdeutschen Ministerpräsidenten in die Offensive. Sachsen-Anhalts Regierungschefs, Reiner Haseloff (CDU), schlägt in der "Welt" eine Umbenennung der Abgabe vor: "Wir sollten nicht darüber nachdenken, den Soli abzuschaffen, sondern ihn umzubenennen: In `Straßencent`, `Beitrag zur Infrastrukturmodernisierung` oder in `Infrastrukturfonds` oder ähnlich", meinte Haseloff.

"Die Grundannahme, der Solidaritätszuschlag hätte ausschließlich mit dem Osten zu tun, ist nämlich falsch. Der Soli resultiert nur historisch aus der Wiedervereinigung, ist aber schon jahrelang eine ganz normale staatliche Einnahme." Den Vorschlag des FDP-Fraktionsvorsitzenden Rainer Brüderle, den Solidaritätszuschlag abzuschaffen, weist Haseloff brüsk zurück: "Das ist nur Wahlkampf. Der Bundeshaushalt ist schon jetzt defizitär. Wer den Soli abschaffen will, muss also im gleichen Satz sagen, welche staatlichen Leistungen er dafür streichen will oder welche andere Steuer er dafür erhöhen will. Denn den Soli für noch mehr Verschuldung abschaffen – das geht sicher nicht. Die FDP sollte das eigentlich wissen." Heute würde der Solidaritätszuschlag auch gebraucht, um die Folgen der Finanzkrise abzumildern, argumentiert Haseloff: "Auf dieses Geld können wir nicht verzichten, weil wir in den vergangenen Jahren so viel Geld für die Folgen der Weltfinanzkrise aufwenden mussten, nämlich durch Konjunkturprogramme und Ausgleich von Steuerausfällen. Deshalb haben wir bei unseren Straßen gespart und bei unseren Brücken. Der Bundesverkehrsminister versucht mit Autobahnvignetten und ähnlichem, händeringend zusätzliche Einnahmen aufzutreiben – zu Recht, denn unsere Infrastruktur ist strukturell unterfinanziert."

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-10145/sachsen-anhalts-ministerpraesident-haseloff-will-soli-in-strassencent-umbenennen.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619